

# KLEINSTER GEMEINSAMER NENNER 2.0

Eine Replik. DIE REDAKTION

Der erste Bauabschnitt des neuen GleisGrünZugs wird voraussichtlich 2013 fertig gestellt: Zwischen Naumburger Straße und Markranstädter Straße beginnen jetzt die Bauarbeiten. Umgesetzt wird dabei ein in der Bürgerwerkstatt favorisierte Entwurf mit einer Reihe von Anwohnerideen wie Boulderfeldern und einer große Luftschaukel und Sitzterrassen.

Collage: Landschaftsplanungsbüro SpielRaumPlanung



**L**eipzig lebt, so Oberbürgermeister Burkhardt Jung in seiner Eröffnungsrede zur Vernissage der Ausstellung „Mythos Wagner“ in der Klingervilla, von dem Engagement seiner Bürger, davon dass Viele ihre bürgerschaftliche Pflicht der Beteiligung an der Entwicklung der Stadt wahrnehmen. Bürger schaffen für Bürger in der Bürgerstadt Leipzig? Was hier im heroischen Duktus der Rede anklingt, widerspricht scheinbar nur all zu oft dem realen Erleben der Beteiligten. Zäh, schleppend, respektlos sind Adjektive, die aus den Mündern williger Bürger tönen, wenn es darum geht, die Zusammenarbeit mit den Ämtern der Stadt zu beschreiben. Aber auch innerhalb der aktiven Bürgerlichkeit gibt es Streitigkeiten. Der Idealismus eines Alles-ist-möglich-Ansatzes ist an vielen Stellen ungeeignet und führt eher zu verhärteten Fronten als zu konstruktiven Wegen.

Auf der anderen Seite ist die mitunter pedantische Anonymität der Amtsgewalten, deren Hände oft durch Recht und Gesetz gefesselt sind, sicherlich keine günstige Voraussetzung für eine progressive Zusammenarbeit. Und zu alledem kommen dann noch die privaten Eigentümer und Investoren hinzu, die ihre Interessen gern erfüllt wissen wollen. In diesem Wirrwarr hilft nur eins: Reden um letztendlich einen Kompromiss zu erwirken, an dessen Ende alle Parteien gleich unzufrieden sind.

**M**arkstein eines solchen Sachverhaltes ist die momentane Entwicklung des Bürgerbahnhofs Leipzig-Plagwitz. Der Artikel der Märzausgabe hat nicht nur die Stadt auf den Plan gerufen (siehe Interview Seite 1),



Oberbürgermeister Jung während der Eröffnungsrede zur Ausstellung „Mythos Wagner“ des Klinger Forums.

sondern auch die Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz (IBBP) veranlasst ihre Sicht zum jetzigen Entwicklungsstand darzulegen.

**Viele der in der Aprilausgabe für gescheitert erklärten Projekte seien nach wie vor fester Bestandteil der Planung.**

Projekte, die Gefahr laufen zu scheitern, sind der Geschichtspfad und die Sanierung des Kontorhäuschens. Obwohl die Leipziger Denkmalstiftung das Häuschen sanieren will, stocken die Verhandlungen mit dem Eigentümer. Alle übrigen Projekte sollen nach Willen der IBBP Eingang in die zukünftige und bürgerfreundliche Gestaltung des Geländes erhalten. Da jedoch viele dieser Projekte in Vagheit verharren und immer wieder konjunktivisch umklammert werden, bleibt abzuwarten, inwieweit eine Realisierung möglich ist.

Aus Sicht vieler Mitwirkender in der IBBP lohnt sich eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Verwaltung. Zu diesem Zweck wurde eine aus IBBP, dem Amt für Stadtentwicklung und Wohnungsbauförderung und dem Büro StadtLabor bestehende Projektgruppe initialisiert, um effektiver an der Realisierung der Projekte arbeiten zu können.

[www.buergerbahnhof-plagwitz.de](http://www.buergerbahnhof-plagwitz.de)

**Anmerkung der Redaktion:**  
Wir bedauern ausdrücklich, dass aufgrund unterschiedlicher Ansichten, wie freiheitlich demokratische Pressearbeit zu erfolgen hat, Differenzen zwischen einem Vertreter der IBBP und der Redaktion, die die IBBP veranlasst hat, ihre zuvor zur Verfügung gestellten Zitate nicht für den Druck freizugeben, so dass eine intensivere Beschäftigung mit den Interessen der IBBP für den Leser zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist. Die 3VIERTEL-Redaktion räumt der IBBP eine Frist zur Stellungnahme ein, in der die IBBP ihre Gründen der nicht erfolgten Autorisierung darstellen hätte können. Diese Frist ließ die IBBP ungenutzt verstreichen. Der einzige Kritikpunkt seitens der IBBP, der der Redaktion bekannt ist, sei der Umstand, dass die 3VIERTEL-Zeitung keine Diskussionsplattform zum Thema „Zusammenarbeit Verwaltung-Bürger“ liefern würde, in der jeder seine Sicht der Dinge darlegen darf. Die Redaktion kann dieser Argumentation nicht folgen und wäre in diesem veröffentlichten Text gerne näher auf die Sichtweisen der Vertreter der IBBP eingegangen..